



Bundeswehrsoldaten im Afghanistan-Einsatz

ANJA NIEDRINGHAUS / AP

BUNDESWEHR

Mehr Soldaten traumatisiert

Stärker als bislang bekannt ist die Zahl der traumatisierten Bundeswehrsoldaten gestiegen. Im ersten Halbjahr 2009 wurden nach einem internen Papier des Bundesverteidigungsministeriums 50 Prozent mehr Fälle von posttraumatischen Belastungsstörungen gemeldet als im Vorjahreszeitraum. Bislang ging man nur von 30 Prozent aus. Wurde in den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 noch bei 125 Soldaten das Trauma diagnostiziert, sind in diesem Jahr schon 186 Fälle bekannt. „Diese Steigerung belegt deutlich, dass die Bundeswehr dem Thema nicht länger ausweichen darf“, sagt der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags Reinhold Robbe (SPD), der auch auf die hohe Dunkelziffer verweist. „Die US-Armee geht davon aus, dass bis zu 30 Prozent der aus dem Auslandseinsatz zurückgekehrten Soldaten traumatisiert sind.“ Robbe drängt darauf, in die Erforschung der Krankheit zu investieren. „Wir brauchen endlich ein Kompetenzzentrum, das diesen Namen wirklich verdient“, sagt Robbe. Die neugeschaffene Arbeitsgruppe am Institut für den Medizinischen Arbeits- und Umweltschutz der Bundeswehr sei mit drei Mitarbeitern derzeit weder quantitativ noch qualitativ in der Lage, ihre Forschungsaufgaben zu bewältigen.



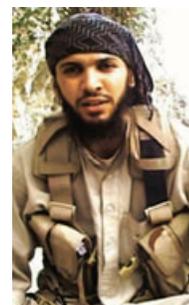
Robbe

HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

TERRORISMUS

Drohungen von Nr. 4

Hinter den aktuellen Drohvideos gegen Deutschland steht offenbar die Nummer 4 in der Hierarchie von al-Qaida. Nach Erkenntnissen deutscher Sicherheitsbehörden soll Atija Abd al-Rahman die mediale Kampagne vorbereitet haben. Dieser sei direkt mit den Absprachen zu den Videos befasst gewesen und habe den Bonner Bekkay Harrach autorisiert, Deutschland eine Frist von 14 Tagen nach der Wahl zu setzen. Der Libyer Abd al-Rahman gilt als wichtiger Ideologe. Die Ermittlungen der Sicherheitsbehörden haben ergeben, dass die Aufnahmen mit einem langen Vorlauf produziert wurden. Al-Qaida habe darauf Wert gelegt, dass sie mindestens eine Woche vor der Wahl in Deutschland veröffentlicht würden, um eine maximale Propagandawirkung zu erzielen. In kurzer Folge waren am 18., am 22. und am 25. September Filme im Internet aufgetaucht, in denen etwa Jarad S. Deutschland droht; in einem der Videos spricht Nummer 4 auch selbst. Obwohl die 14-tägige Frist nach der Bundestagswahl, die Harrach als Zeitspanne für einen Anschlag genannt hatte, folgenlos verstrichen ist, halten die Innenminister von Bund und Ländern die Gefahr nach wie vor für hoch. Zu Beginn dieser Woche will die Polizei allerdings den Objektschutz wieder verringern, weil die Behörden personell nicht in der Lage sind, über Wochen mit höchstem Aufwand zu reagieren.



Jarad S.

AP

KOALITION

Höhere Hürden für Razzien

Die schwarz-gelbe Koalition will die Arbeit von Journalisten besser schützen. Reporter sollen sich künftig nicht mehr der Beihilfe zur Verletzung eines Dienstgeheimnisses strafbar machen können, wenn sie vertrauliches Material veröffentlichten, das ihnen von Beamten zugesteckt worden ist. Die geplante Änderung des Strafrechts soll auch erschweren, dass Richter Razzien in Redaktionsräumen anordnen können, wenn sie der Meinung sind, Journalisten hätten unzulässigerweise in Behörden recherchiert. Hintergrund der Gesetzesnovelle, auf die sich die Innen- und Rechtspolitiker von FDP und Union in der vergangenen Woche verständigt hatten, ist eine Durchsuchung der Redaktion der Zeitschrift „Cicero“ im September 2005. Ein Mitarbeiter des Blattes hatte zuvor einen vertraulichen Bericht des Bundeskriminalamtes (BKA) über den jordanischen Extremisten Abu Mussab al-Sarkawi veröffentlicht und war so in das Visier der Ermittlungsbehörden geraten. Journalistenverbände hatten die Razzia heftig kritisiert und beklagt, es gehe dabei nur darum, eine undichte Stelle beim BKA zu stopfen.



Bundesverfassungsgericht 2007

ULI DECK / DPA